

Frau Wittmann (Eoschwig) bebauerte, daß das Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden erdroffelt wurde. Abg. Dr. Reinhold (Dem.) mißbilligte ebenfalls das Vorgehen der Regierung. Abg. Eberle bezeichnete die Entscheidung des Ministeriums als undemokratisch, unsozial und ungerecht. Die Verordnung des Ministeriums wurde darauf vom Landtag gebilligt. Der Entwurf zur Abänderung der staatlichen Schlachtviehvericherung wurde in der Ausschlußfassung angenommen. Die Kammer nimmt dann Stellung zu dem Gesetzentwurf über die Schätzung und Schädensvergiütung bei der Landes-Brandversicherungsanstalt, nach dem den Schätzungen der Gebäude die Friedensbaupreise vom Jahre 1914 zugrunde zu legen sind. Alle Versicherungssummen der nach dem 31. Dezember 1916 im ordentlichen Verfahren neu oder anderweit geschätzten Gebäude, auch wenn sie später im abgekürzten Verfahren noch weiter erhöht worden sind, sollen auf die Friedensbaupreise von 1914 zurückgeführt werden. Die Vorlage wurde dem Rechtsausschusse überwiesen. Der Besoldungsplan der Landes-Brandversicherungsanstalt auf das Jahr 1920 wird dem Haushaltsausschusse B überwiesen. In sofortiger Schlußberatung wird die Vorlage über den Ertrag der Beschaffungskosten der für die Landtagswahl erforderlichen gewesenen Stimmzettel im Betrage von 310,537 M. verabschiedet. Schließlich werden die Wahlen der Abgeordneten in den drei Wahlkreisen für gültig erklärt. Nächste Sitzung: Freitag, Forstakademie Tharandt; kommunisische Anträge, betr. Erwerbslosenfürsorge und unentgeltliche Geburtshilfe.

Die 11. ev.-luth. Landesynode begann am Donnerstag mit der Beratung eines Antrages über einen Aufruf für die Innere Mission, nach dem im Februar und März eine allgemeine Sammlung zugunsten sämtlicher Veranstaltungen der Inneren Mission vorgenommen werden soll. Eine dementsprechende Entschliebung wurde einstimmig angenommen. Dann folgte die Beratung eines Antrages, betreffend die Befragung der Eltern bei der Schulanmeldung ihrer Kinder wegen Teilnahme am Religionsunterricht. Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

An Stelle des Abg. Dr. Maurenbrecher ist der Gutsherr Pletsch (Dischnal.) in Burk bei Baugen als Mitglied in den Landtag eingetreten.

Die deutschnationale Landtagsfraktion hat einen Antrag eingebracht, in dem die Regierung um sofortige Vorlegung eines Gesetzentwurfes ersucht wird, durch den die Stadt- und Landgemeinden, die seit dem 10. Februar 1919 noch keine Gemeinderats- bzw. Stadtverordnetenwahlen vorgenommen haben, angewiesen werden, sofort beratige Wahlen auszusprechen.

Die medizinische Fakultät der Universität Leipzig hat den Geheimen Regierungsrat bei der Kreisshauptmannschaft Chemnitz Herrn Dr. jur. Walter Dertel infolge seiner mannigfachen Verdienste um die Tuberkulosebekämpfung zum Ehren doktor der Medizin ernannt.

Am Donnerstag fand in Chemnitz eine Versammlung der Betriebsräte und Erwerbslosen der Metallindustrie im Bezirk Chemnitz statt. Es galt, Stellung zu nehmen zu den Forderungen, die zur Lösung des Arbeitslosenproblems im Reich, Staat und Gemeinde gestellt werden sollen und durch das Gewerkschaftsamt ausgearbeitet worden waren. In der Begründung wurde ausgeführt, daß angesichts der Weltwirtschaftslage in den nächsten Monaten eine Steigerung der Arbeitslosigkeit eintreten werde und es deshalb Aufgabe der Gewerkschaften und Betriebsräte sei, den heute zur Erörterung stehenden Forderungen mit allem Nachdruck zum Durchbruch zu verhelfen, soweit uns die Fessel des Friedensvertrages deren Durchführung überhaupt ermöglicht. Schließlich wurden die Forderungen gegen 2 Stimmen angenommen. Der offene Brief der Kommunisten, über den die Kommunisten auch in dieser Versammlung eine Aussprache erzwingen, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wie der Teulonia Sachsendienst meldet, sind die Leinwandarbeiter von Wittweida am 17. d. in den Ausstand getreten.

Herr Stadtrat Fabrikbesitzer Bruno Vogel in Werdau hat zum Gedächtnis und zur Ehrung seiner verstorbenen Eltern dem Kirchenvorstande 10,000 M. überwiesen, die den Namen Gustav und Auguste Vogel-Stiftung tragen sollen und deren Zinsen für die Zwecke der kirchlichen Gemeindegeldverwaltung zu verwenden sind.

Der Arbeiterrat in Plauen ist aufgelöst worden. Das Verhältnis der in ihm noch vertretenen Parteien (U. S. P. und Kommunisten) zu einander war ein derartiges geworden, daß die Auflösung geboten erschien.

Für besonders begabte Volksschüler sollen Ostern an den Schulen in Plauen eigens eingerichtete „Sprachklassen“ mit dem Lehrziel der Realschulen eröffnet werden. Der Unterricht ist unentgeltlich.

Auch die Einwohnerschaft von Schneeberg wird mit neuen und wesentlich erhöhten Steuern beglückt; genehmigt wurde die Einführung der Gewerbesteuer, beginnend mit 1 v. H vom ersten Zehntausend des Reingewinnes, und der Kraftwagensteuer, 250 M. für jeden Sitz, ferner die Erhöhung der Hundesteuer, 110 M. für den ersten und 300 M. für den zweiten Hund, sowie die noch nicht feststehende Erhöhung der Grundsteuer; dagegen wurde die geplante Klaviersteuer abgelehnt.

Mit über 100 Mitgliedern gründete sich auf Veranlassung des Stadtrats in Geheer eine Baugenossenschaft.

Bei der in Lauterbrunnengrundenden Gemeindevorstandswahl erschienen 3 Prozent der Wahlberechtigten an der Urne. Es wurden abgegeben für die verbundenen bürgerlichen Listen 1248 Stimmen, für die kommunistischen 1011 und für die sozialdemokratische 161 Stimmen. Hiernach sind gewählt 11

Bürgerliche, 8 Kommunisten und 1 Mehrheitssozialist, und damit ist die kommunistisch-sozialistische Mehrheit im Gemeinderat beseitigt.

Unter schweren Vergiftungserscheinungen erkrankten nach dem Genuße von Suppe mehrere Glieder der Familie Waldens in Sachsgrün. Festiges Erbrechen förderte den Giftstoff (ein Arsenitpräparat) wieder zu Tage. Eine kaum 14 Jahre alte Dienstmagd, die sich dadurch verdächtig machte, daß sie unter nichtigem Vorwande von der Suppe nichts mit genoss, gestand, sie habe ihre Herrschaft vergiften wollen, um aus dem ihr nicht zusagenden Dienste zu kommen. Diese Absicht erreichte sie insofern, als sie nach dem Eingeknändnis ihrer Freveltat ins Gefängnis abgeführt wurde.

Die städtischen Kollegien in Frankenberg haben die Erhöhung des Zuschusses an die dortige Stadtkapelle von 3000 M. auf 6000 M. beschlossen. Unter dem Vorhild des Bürgermeisters Dr. Frmer bildete sich ein 5gliedriger Ausschuss zur Erledigung der Vorarbeiten für eine Kraftwagenverbindung Chemnitz-Frankenberg-Sachsenberg. Die Stadtverordneten erhöhten die Steuer für Lughunde von 20 auf 100 M.

Einen spannenden Verlauf nahm in Schirgiswalde die Versteigerung von einem Scheffel Feld, dem Konsumverein gehörend. Das Anfangsgebot betrug 3000 M., das Endgebot 10,000 M. Dazu kommen noch die üblichen Gebühren, so daß der Scheffel Feld auf etwa 11,000 M. zu stehen kommt.

Ein Teil der Bevölkerung in Sohland hat in einer Versammlung durch Entschliebung entschieden erklärt, daß er, wenn das geplante Kriegerdenkmal statt auf den Friedhof auf die Bahnhofstraße komme, er sich gezwungen sehen würde, die Namen ihrer Gefallenen für das Denkmal zu verweigern, und die geleisteten freiwilligen Denkmalsbeiträge zurückzufordern.

In der ersten Sitzung des Radeberger Stadtverordnetenkollegiums wurde von bürgerlicher Seite der bereits im Juli vor. Jhr. eingebrachte Antrag, in dem der Rat ersucht wird, daß dem bürgerlichen Teil des Kollegiums eine seiner zahlenmäßigen Stärke entsprechende Vertretung im Rat gesichert wird, erneut auf die Tagesordnung gesetzt und ferner gewünscht, daß dieser als letzter Punkt angelegte Antrag zu erst behandelt wird. Als dies von sozialdemokratischer Seite abgelehnt wurde, verließen die bürgerlichen Mitglieder unter Protest den Saal und lehnten jede weitere Mitarbeit ab. Darauf wurde die Sitzung geschlossen.

Ein schwerer Junge wurde in der Person des 1891 in Wernsdorf geborenen Johann Reichelt ins Landgerichtsgefängnis Baugen eingeliefert. In Gemeinschaft mit seinem Komplizen Israel, der bereits zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt wurde, hat er in Wernsdorf verschiedene Fabrikeinbrüche unternommen und jedesmal Beute von Webwaren und Garnen im Werte von 6000 bis 20,000 M. gemacht. Darauf verlegte er sein Nest nach Neufalza i. Sa. und machte ganz Nordböhmens und das angrenzende Sachsen unsicher, wobei er es hauptsächlich auf Einbrüche in Kirchen abgesehen hatte, es fielen ihm dabei immer größere Gelddräge in die Hände. Einen Teil seiner Gaunereien hat er bereits eingestanden.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 20. Januar 1921.

Die Interpellation sämtlicher Parteien (mit Ausnahme der Unabhängigen und Kommunisten) über die Vorgänge in Oberschlesien wird, wie ein Regierungsvertreter erklärt, in der vorgeschriebenen Frist beantwortet werden.

Der Gesetzentwurf über eine weitere vorläufige Regelung des Reichshaushalts, Erhöhung der Teuerungszuschläge für die Beamten, der bereits im Hauptausschusse behandelt wurde, steht zur ersten Lesung.

Abg. Plettner (Komm.): Im Hauptausschusse wollte man die Vorlage nur verschleppen (Widerspruch und Lachen), außerdem aber sei die Vorlage völlig unzureichend. Seine Fraktion nehme den Kampf gegen Regierung und Reichstag auf. (Heiterkeit)

Abg. Bräunig (Unabh.) erklärt: Da die Vorlage im Einverständnis mit den Gewerkschaften zustande gekommen sei, sehen seine Freunde zurzeit von weiteren Forderungen ab.

Damit ist die erste Lesung beendet. Das Gesetz über die Ueberleitung der Rechtspflege in den Kreisen Eupen und Malmédy wird in allen drei Lesungen angenommen.

Es folgt der Vertrag mit Danzig über die Regelung der Optionsfrage.

Abg. Schulz-Bromberg (D. R.): Es besteht ein dringendes Interesse an einer gründlichen Regelung der Optionsfrage, besonders im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen. Die Polen haben bereits Behörden eingerichtet, die jeden Deutschen zur Entscheidung in der Optionsfrage zwingen. Diesen Weg müssen auch wir beschreiten.

Abg. v. Kemnitz (D. Bp.): Wir empfehlen den Danzigern, von der Bestimmung des Artikels 306 des Friedensvertrages, nach dem sie das Recht haben, innerhalb 12 Monaten nach Deutschland zu optieren, möglichst wenig Gebrauch zu machen. Es komme darauf an, daß Danzig so deutsch wie möglich erhalten bleibe, denn einst werde der Tag kommen, an dem die Brücke nach dem Osten wiederhergestellt werde.

Ein Regierungsvertreter erklärt: Wenn wir in der vom Abg. Schulz geforderten Weise verfahren würden, so werde das nur eine neue Quelle von Vermidlungen mit Polen.

Abg. Schulz-Bromberg (D. R.): Hier ist nicht eine Minute zu verlieren. Die Optionsbestimmungen müssen sofort erlassen werden, damit die Leute, die bei uns bleiben, noch in die Wählerlisten aufgenommen werden können.

Der Gesetzentwurf wird in zweiter Lesung unverändert

angenommen. Der Gesetzentwurf über das deutsch-französische Abkommen für die Erstattung der von Elsaß Lothringen geleisteten außerordentlichen Kriegsgaben wird an den Ausschusse über die Ausführungen des Friedensvertrages verwiesen.

Danach wird die Beratung des Antrags der Unabhängigen auf Außerkräftsetzung der für Bayern getroffenen Maßnahmen fortgesetzt.

Abg. Dr. Spahn (Str.) legt dar, daß von einem Verfassungbruch seitens der bayerischen Regierung in keiner Hinsicht die Rede sein könne.

Abg. Wendelin Thomas (Komm.): Eisners Volksgerichte hätten sich gegen einzelne Mörder, Plünderer und Räuber gerichtet. Heute stehen die Mörder in Bayern in Massen herum. (Unruhe.) Als Höhepunkt der sogenannten Schreckde des verhafteten Eisenberger habe ein Zeuge die Bemerkung bezeichnet: Proletariat aller Länder vereinigt Euch. (Große Aufregung bei den Unabhängigen, Sozialdemokraten und Kommunisten. Ein Mitglied der Deutschen Volkspartei ruft: Die Sache ist ganz anders gewesen. Ich war zugegen. Erneuter Lärm auf der äußersten Linken. Ruf: Welchen Sie sich doch als Zeuge.) Die Schutzhäftlinge würden unwürdig behandelt, ihre Angehörigen der Armenverwaltung überwiesen. Ich möchte wirklich erfahren, ob der Reichstag gegen diese Ungerechtigkeiten einschreiten wird. (Zuruf Hoffmanns: Da können Sie lange warten!)

Der Antrag wird schließlich abgelehnt.

Berühmtes.

Akerlei. Mit einer Million verschwunden ist ein Beamter, der von einem Finanzbeamten in Paris beauftragt worden war, 1,417,000 Franken nach der Bank von Frankreich zu bringen. Man befürchtet, daß er einem Ueberfall zum Opfer gefallen ist. — Am die Rückkehr eines strafverurteilten sozialistischen Lehrers in Blumberg im Kreise Liebenwerda zu erzwingen, ist dort von radikalen Elementen ein Schulstreik inszeniert worden, welcher zahlreiche Gemeinden in diesem Kreise erfaßt hat, so die Städte Mühlberg und Müdeberg. Streikposten vor dem Schulgebäude verwehren den Schültern, wenn sie von ihren Eltern geschickt werden, das Betreten des Schulgebäudes. — Auf dem Straßhofer Bahnhof wurden 46 Bahnwagen beschlagnahmt, deren Inhalt 126 zerlegbare Kanonen und Scheinwerfer bildete, die aus der österreichischen Demobilisierung stammen. Es ist noch ungeläut, ob die Sendung nach Ungarn oder Polen bestimmt war. Die Waffen werden von bewaffneten Arbeitern bewacht. — Seit einer Woche kommen vor der Straßburger Strafkammer Riesendiebstähle, die auf der elsässischen Eisenbahn begangen wurden, zur Verhandlung. Nicht weniger als 16 Angeklagte, meist Bahnangestellte, wurden wegen Diebstahls auf den Bahnhöfen Lauterburg und Molsheim zur Rechenschaft gezogen und mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft.

Telegramme.

Dresden, 21. Januar. Dem Teulonia Sachsendienst geht von der Verteidigung des Hofrats Rosenthal folgendes Schreiben zu: Geehrte Schriftleitung! Als Verteidiger des Hofrats Rosenthal ersuche ich Sie ergebenst, folgendes zu veröffentlichen: Mein Klient hält sich fern von Dresden auf, nicht um sich der Strafverfolgung zu entziehen, sondern weil er in Untersuchungshaft genommen werden soll. Er muß dies zu vermeiden suchen, weil er nach dem Gutachten der bedeutendsten Aerzte schwer zuerkrankt und Herzleidend ist und die Verhaftung inhalts dieser Gutachten den Tod herbeiführen kann. Daß diese Lebensgefahr der Grund für seine Entfernung ist, geht daraus hervor, daß er sich durch mich den Gerichten gegenüber bereit erklärt, sich unverzüglich zur Verfügung zu stellen, wenn von der Vollstreckung der Untersuchungshaft gegen Sicherheitsleistung abgesehen werden würde. Gerade weil mein Klient die gerichtliche Aufklärung der ihm zur Last gelegten Straftaten wünscht, wird er seine Verhaftung zu vermeiden suchen. Denn würde diese seinen Tod herbeiführen, so wäre jede gerichtliche Aufklärung unmöglich. In vorzüglicher Hochachtung Rechtsanwält Kroch. Blasewitz-Dresden, 20. Januar 1921.

Berlin, 21. Januar. Der Reichsfinanzminister Dr. Wirth trägt sich, wie die zentrumparlamentarische Korrespondenz erfährt, um der Entwertung der Einkommen namentlich der niedrigeren Klassen der Arbeiter, Beamten und Angestellten Rechnung zu tragen, mit dem Plane, einen zeitgemäßen Abbau der Einkommensteuer einzuleiten. Ueber die Absichten der Regierung kann zur Zeit noch nichts Bestimmtes mitgeteilt werden.

Berlin, 21. Januar. Der Geschäftsausschusse des Reichstags hat beschlossen, dem Plenum vorzuschlagen, die Einwilligung zur Strafverfolgung Erzbergers wegen Meinungsäußerung auszusprechen.

Berlin, 21. Januar. Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat in der gestrigen Sitzung mit 109 Stimmen den bisherigen Stadtkammerer Doeg zum Oberbürgermeister von Berlin gewählt. Auf den Stadtverordnetenvorsteher Dr. Beyl (Unabh.) fielen nur 95 Stimmen.

Paris, 21. Januar. In Londoner Kreisen wird erklärt, wenn Deutschland jetzt nicht annehmbare Vorschläge mache, werden die Alliierten ohne deutsche Sachverständige handeln.

Genf, 21. Januar. Wie aus Paris gemeldet wird, brachte die erste Kammerrede Briands weder in inner-, noch außenpolitischer Hinsicht irgendwelche Ueberraschungen.

London, 21. Januar. Bolschewistische Nachrichten aus Rußland melden, daß Lenin seit einiger Zeit infolge Ueberarbeitung an geistiger Störung leidet. Sein Zustand soll derart gereizt sein, daß er kaum mehr mit seinen Freunden brieflich auskommen kann.